

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

139 (29.11.1949)

WNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

(F)

4. Jahr Nr. 139 / 20 Pfg.

Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit

Dienstag, 29. November 1949

Heute mit großem Sportteil

Lesen Sie heute:

Reaktionärer Generalangriff auf das deutsche Volk 8. 2
Großbericht über Hongkong 8. 3

900 Betriebe bleiben auf der Demontageliste

In den „freigestellten“ Betrieben wird seit Monaten demontiert — Protestaktionen gegen Preisgabe des Ruhrgebiets

Offenburg. (UT). Die Demontageliste, die General Robertson am 16. Oktober 1947 bekanntgegeben hat, umfaßt 682 deutsche Betriebe in der britischen und amerikanischen Zone. Hinzu kommen 236 deutsche Betriebe, die auf einer französischen Demontageliste aufgeführt sind. Das sind zusammen 918 deutsche Betriebe.

Weil Adenauer das Ruhrgebiet den Anglo-Amerikanern ausgeliefert hat, durfte er für 18 Betriebe den „Demontagestop“ verkünden. Uebrig bleiben 900 deutsche Betriebe, in der Mehrzahl Werke der Friedensindustrie. Sie sind schon oder werden noch zerstört.

Die Demontage in Westdeutschland wird also rücksichtslos fortgesetzt. Bereits demontierte Betriebe dürfen laut Anweisung der Hohen Kommission nicht wieder aufgebaut werden.

In den von Adenauer genannten 18 „freigestellten“ Betrieben ist schon seit Monaten in aller Hast demontiert worden. Die wertvollsten Anlagen sind entweder versandt oder verschrotet. In der August-Lyssen-Hütte zum Beispiel wurden täglich Einrichtungen im Werte von 800 000 DM demoliert. Trotz „Demontagestop“ sollen in der Farbenfabrik Bayer in Leverkusen die Forschungseinrichtungen abgebaut werden. Auch sie dürfen nicht wieder aufgebaut werden.

Diesen 18 schwer angeschlagenen Betrieben steht die lange Liste der 900 Werke gegenüber, in denen die Demontage fortgesetzt werden soll. Darunter befinden sich die Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter, Deutsche Eisenwerke, Friedrich-Wilhelm-Hütte Mülheim, IG-Sauerstoffwerk Duisburg, Badische Anilin- und Sodawerke Ludwigshafen, Uhrenfabrik Junghans, Schramberg und andere.

25000 Dortmunder Arbeiter warnen Adenauer

Dortmund. (UT) 25 000 Hüttenarbeiter legten am Freitag in den drei großen Dortmunder Hüttenwerken die Arbeit für eine Stunde nieder, um gegen die Pläne der westdeutschen Stahlherren zu protestieren, die die deutsche Industrie mit der ausländischen verschmelzen und die alten Konzerne wieder herstellen wollen.

„Wir sind nicht gewillt, den Zustand herbeiführen zu lassen, den die Industriebarone wünschen, und werden gegen deren Absichten einen scharfen Kampf führen“, erklärte der erste Vorsitzende des DGB, Ortsausschuß Dortmund, auf einer Kundgebung der Betriebsräte der drei großen Dortmunder Werke. „Wir sind von der Notwendigkeit einer Verständigung

Volkseigene Betriebe sichern künftigen Wohlstand

Walter Ulbricht und Fritz Selbmann über die Aufgaben des volkseigenen Sektors der Wirtschaft

Leipzig. (UT) Als die bisher größte wirtschaftspolitische Tagung in Deutschland wurde Sonntagvormittag in Leipzig die Tagung der volkseigenen Industriebetriebe der Deutschen Demokratischen Republik unter Teilnahme von 16 000 Aktivisten, Betriebsräten und Direktoren, Betriebsgewerkschaftsvertretern der volkseigenen Betriebe und zahlreichen Gästen eröffnet.

Der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht erinnerte in seiner Ansprache daran, daß, während bisher eine kleine Schicht der Monopolherren in ganz Deutschland regierte, jetzt im Gebiet der DDR eine Regierung an der Spitze stehe, die sich aus Vertretern aller Bevölkerungsschichten zusammensetzt und sich auf das Vertrauen der Bevölkerung stützen kann.

Minister Fritz Selbmann gab einen umfassenden Bericht über die bisherigen Arbeitsergebnisse und die künftigen Aufgaben der volkseigenen Industriebetriebe.

Kurz berichtet

1500 Selbstmorde wurden seit Anfang 1949 in Nordrhein-Westfalen gezählt.

Der Personalbestand der sowjetischen Kontrollkommission wird wesentlich kleiner sein als der der ehemaligen sowjetischen Militärverwaltung.

Zwei Güterzüge stießen am Sonntag morgen auf der Strecke Köln—Trier zusammen. Ein Lokomotivführer wurde getötet und vier Bahnbeamte verletzt.

Gegen die Verschleppung des Wiedergutmachungs-Gesetzes wird am 14. Dezember in Wiesbaden eine Protest-Demonstration der VVN stattfinden.

13 000 Kubikmeter Holz werden auf Befehl der französischen Behörden im Gebiet von Kaiserslautern ohne Rücksicht auf Wege und Kulturen noch bis zum 31. Dezember für eine dänische Firma geschlagen werden.

mit Frankreich überzeugt, aber wir sind gegen eine Verständigung von Industriellen zu Industriellen.“

In einer von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung wird gesagt, daß die Werktätigen von der Bundesregierung in Bonn die Ablehnung der Vorschläge, wie sie in Paris gemacht und von der Presse angekündigt worden sind, erwarteten. Von der Treuhändervereinigung wird eine schnellere Entscheidung über die künftige Organisation in der Eisenindustrie erwartet, damit endlich ein ruhiges Arbeiten für einen dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt gewährleistet ist.

Hamburger Betriebe streikten

Hamburg. (UT) In zahlreichen Betrieben Hamburgs kam es wegen der Preisgabe des

„Es gibt eine Macht, das Ruhrstatut zu beseitigen!“

Auszüge aus der Rede Walter Fisches (KPD) im Bundestag — Veröffentlichung aller Noten Adenauers gefordert

Bonn. „Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die Karten offen auf den Tisch gelegt werden“, erklärte Abg. Walter Fisch in der Sitzung des Bundestages zu den Fragen, die durch die Unterzeichnung des Abkommens vom Petersberg durch Dr. Adenauer aufge-

laut jener Andeutungen und Erklärungen veröffentlicht werde, die gewisse amerikanische Militärs und Zivilisten vor einigen Tagen in Bonn über die notwendige Errichtung einer deutschen Armee gemacht haben.“

„Der Herr Bundeskanzler hat es verstanden“, so führte Abg. Fisch aus, „seine Gegenleistungen in ein anderes sonderbares Licht zu stellen. Ich möchte mich nicht auf jene juristischen Sophistereien einlassen, ob nun die Bereitschaft zum Beitritt zum Ruhrstatut etwas anderes sei, als der bereits vollzogene Beitritt. Mir scheint die vollzogene Unterschrift des Herrn Bundeskanzler vom 22. November 1949 der entscheidende Tatbestand zu sein.“

Der Herr Bundeskanzler hatte einmal eine Vorstellung davon, was das Ruhrstatut bedeutet, als er seine Rede im letzten Landtag von Nordrhein-Westfalen hielt. Sie direkt an Dr. Adenauer wendend, erklärte Abg. Fisch weiter: „Sie haben damals erklärt, daß durch die Londoner Beschlüsse, die das Ruhrstatut einbeziehen, auch das nationale Recht des deutschen Volkes über die Bodenschätze seines

Landes und über seine Arbeitskraft verfügen zu können, diesem geraubt wird. Sie haben damals gesagt, Herr Bundeskanzler, das ist unmöglich und untragbar, ein solches Abkommen widerspricht jedem natürlichen Recht. Heute erklären Sie, es ist eine nationale Tat, daß ich dieses Abkommen unterschrieben habe.“

Der Erklärung des autoritären Dr. Adenauer, keine Macht der Welt könne das Ruhrstatut aus der Welt schaffen, stellte Walter Fisch die Auffassung aller guten Deutschen entgegen. „Herr Bundeskanzler, es gibt eine Macht, die das Ruhrstatut aus der Welt schaffen könnte, nämlich das Nein des ganzen Volkes und das Nein einer Regierung, die sich niemand anderem verpflichtet fühlt, als dem eigenen Volke.“

Das deutsche Volk soll mundtot gemacht werden

Gesetz über „Strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzungsmacht“

Bonn. Ein Gesetz über „strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzungsmacht“ veröffentlichten am Samstag die Hohen Kommissare. Sämtliche Vergehen gegen dieses Gesetz unterstehen nicht der deutschen, sondern der Besatzungs-Gerichtsbarkeit. Es ist ein Musterbeispiel für den Kolonialzustand in Westdeutschland und bietet die Handhabe, durch entsprechende Auslegung jede fortschrittliche Regung zu unterdrücken.

Nach Artikel 1 werden Geldstrafen bis zu 500 000 DM, unbegrenzte Freiheitsstrafen oder Todesstrafen für Spionage, Sabotage und unbefugte Nachrichtenübermittlung verhängt, „durch die die Sicherheit oder das Vermögen der alliierten Streitkräfte gefährdet werden könnten“. Dasselbe Strafen drohen für „Wi-

derungsbetriebe durch Dr. Adenauer zu Protestkundgebungen und auf der Deutschen Werft zum Streik. In gemeinsamen Beratungen einigten sich die Betriebsräte und Gewerkschaftsdelegierten über Protest-Telegramm und Entschleunigungen an das Adenauer-Kabinett und an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die Protest- und Streikaktionen zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, tatenlos zuzusehen wie die Bonner Separat-Regierung aus der Spaltung Deutschlands und ihrer Hürigkeit gegenüber dem Petersberg die zweite Katastrophe für Deutschland heraufbeschwört. Die Forderungen: „Weg mit Adenauer“, „Volksentscheidung gegen das Ruhrstatut“, sind Forderungen des Volkes, denen entsprechen werden muß.

General Robertson korrigiert Adenauer

Bonn. Die Hohe Kommission habe sich bemüht, daß „Prestige und die Autorität der Bonner Regierung nicht durch ein neues Diktat“ weiter herabzusetzen, erklärte General Robertson auf einer Pressekonferenz der Ho-

hen Kommissare über das „Abkommen“, mit dem Adenauer die Ruhr an die Westmächte verschacherte. Aus den Ausführungen des britischen Hohen Kommissars ging jedoch hervor, daß es sich bei diesem „Abkommen“ um nichts anderes als um ein schlecht verschleiertes Diktat handelt.

So erklärte Robertson, eine Revision des Ruhrstatuts sei nicht beabsichtigt. Der Beitritt zu „jedem Verein bedingt, daß man sich seinen Regeln unterwirft“, sagte er. Ob der Bundestag das sogenannte Abkommen bestätige oder nicht sei gleichgültig. Im übrigen habe er volles Vertrauen in die Zusage Adenauers, daß die Bonner Regierung „ihren Einfluß und ihre Autorität einsetzen werde, um sicherzustellen, daß das Demontageprogramm oder Widerstand beschleunigt vorstatten geht. Es sei nicht notwendig, die ehemaligen Reichswerke Watenstedt-Salzgitter zu erhalten.“

Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entsendung von „Auslandsvertreter“, seien von der Zustimmung der Hohen Kommission abhängig. Auslandsvertreter würden unter westalliierte Kontrolle stehen.

Landes und über seine Arbeitskraft verfügen zu können, diesem geraubt wird. Sie haben damals gesagt, Herr Bundeskanzler, das ist unmöglich und untragbar, ein solches Abkommen widerspricht jedem natürlichen Recht. Heute erklären Sie, es ist eine nationale Tat, daß ich dieses Abkommen unterschrieben habe.“

Der Erklärung des autoritären Dr. Adenauer, keine Macht der Welt könne das Ruhrstatut aus der Welt schaffen, stellte Walter Fisch die Auffassung aller guten Deutschen entgegen. „Herr Bundeskanzler, es gibt eine Macht, die das Ruhrstatut aus der Welt schaffen könnte, nämlich das Nein des ganzen Volkes und das Nein einer Regierung, die sich niemand anderem verpflichtet fühlt, als dem eigenen Volke.“

Tausende von Betrieben waren verödet

Frankreich erlebte Generalstreik — Millionen Werkstätige streikten

Paris. Am vergangenen Freitag folgten in ganz Frankreich die Werktätigen dem Aufruf des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) und der „Force Ouvriere“ zum 24stündigen Generalstreik, um die Regierung wegen der steigenden Lebenshaltungskosten zur Zahlung eines monatlichen Sonderzuschlags von 3000 Franken an alle Arbeiter zu veranlassen. Seitens des CGT wurde mitgeteilt, daß der Streik ein hundertprozentiger Erfolg gewesen sei.

Die Gewerkschaften hatten angekündigt, daß etwa fünf Millionen Arbeiter und Angestellte streikten und dadurch weitere zehn Millionen an der Arbeitsaufnahme verhindert würden. Seit Freitagmorgen waren in ganz Frankreich weniger als 20 Züge abgefertigt worden. Der Postverkehr war eingestellt und in Paris standen die öffentlichen Verkehrsmittel still. Die meisten Stadtteile von Paris hatten am Freitagmorgen keine Gaszufuhr, weil sich die Arbeiter der Gas-Gesellschaft im Streik befanden.

In Paris zogen die Arbeiter und Angestellten zu Tausenden durch die Stadt, wo seit Mitternacht starke Polizeitruppen patrouillierten. Vereinzelt kam es zu Zwischenfällen zwischen Polizei und Streikenden.

Infolge Stillelegung aller Verkehrsmittel waren zu Beginn der Sitzung der Nationalversammlung etwa 30 Abgeordnete erschienen.

Kommiqué der Gewerkschaften

„Die Demonstration hat einmal mehr gezeigt“, heißt es in dem Kommunique der CGT über den Streik, „daß überall, wo die Aktionseinheit hergestellt wird, die Arbeiterklasse fähig ist, mit Erfolg zu kämpfen. Diese Einheit muß verstärkt werden. Die Arbeiter, die geschlossen am Streik teilgenommen haben, dürfen sich nicht wieder am nächsten Morgen trennen. In allen Unternehmen und Orten müssen Komitees der Aktionseinheit bestehen oder gebildet werden, die die Gesamtheit der Arbeiter um sich scharen, gleich, welcher gewerkschaftlichen Organisation sie angehören oder ob sie unorganisiert sind.“

Der 24stündige Streik war eine mächtige Manifestation des Willens der Arbeiter, mit dem Elend und der Reaktion Schluß zu machen.“

HONGKONGS Rolle als englische Kolonie / Von Jack Woddis

Die englische Garnison in Hongkong wurde auf 20.000 Mann verstärkt. Durch die Entwicklung in China rückt Hongkong stärker in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Folgender Artikel von Jack Woddis, dem „Daily Worker“ entnommen, zeigt die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe, die England vor einem Jahrhundert veranlaßten, diese chinesische Insel zu seiner Kolonie zu machen.

„Hongkong, „Duftende Ströme“, ist einer der schönsten Plätze auf der Welt. Aber das hervorstechendste Merkmal dieser Insel ist nicht ihre Schönheit. Die Wasserfront wird von Geschäftshäusern und den Büros der Schiffs- und Versicherungsagenturen, den Gebäuden der Regierungsstellen und der Banken beherrscht. All dies überragt das weiße Gebäude der „Hongkong und Shanghai Bank Cooperation“, deren 50 Zweigstellen von Indien bis Japan sie zu einem Hauptstützpunkt des englischen Wirtschaftseinflusses im Orient machen. Der stellvertretende Vorsitzende dieser Bank ist gleichzeitig der Geschäftsführer der größten englischen Handelsfirma in China, Matheson Ltd., Jardine. Diese Firma besteht über 100 Jahre und steht in Verbindung mit dem ersten Opiumkrieg und der darauffolgenden Einnahme Hongkongs.

Ungerechter und gemelner Krieg

Das 19. Jahrhundert brachte ein rapides Wachstum des englischen Imperiums in Asien. Englische Truppen drangen in ein Land nach dem anderen ein — Handel und Bibeln folgten. 1816 wurde Nepal überfallen, 1819 fiel Singapur; 1824 wurde der Krieg gegen Birma begonnen. 1839 griff England dann China an. Der erste Opiumkrieg (1839–42) stellte eines der dunkelsten Blätter in der Geschichte Englands dar. Schon der liberale Staatsmann Gladstone verurteilte ihn als einen „ungerechten und gemelner Krieg“, in dem die englische Flagge zum Schutz eines niederträchtigen Handels wurde.“

Missionare halfen beim Opiumhandel

Kurz vor dem fatalen Parlamentsentschluß, den Krieg zu beginnen, hatte Palmerston, der damalige englische Außenminister, einen Besucher. Es war William Jardine, der von vielen als der „größte Opiumschleifer“ bezeichnet wurde. Jardine war bei den Chinesen als der „eisenköpfige alte Ratte“ bekannt. Er hatte 1828 zusammen mit Matheson seine Handelsgesellschaft gegründet. In den

dreißiger Jahren hatte er einen profitablen Opiumhandel aufgebaut. Dabei hatten ihm die Missionare geholfen; sie verkauften ihre Bibeln in den Pausen zwischen ihrer Betätigung als offizielle Dolmetscher der Opiumhändler.

Rohe Gewalt — um China zu zwingen

Es war Jardine, der als Sprecher der englischen Händler die Regierung überredete, den Krieg zu beginnen. Die Pläne für den Krieg waren fünf Jahre vorher ausgebrütet worden, als Lord Napier von Palmerston mit dem Auftrag nach China gesandt wurde, einen Ueberblick über die chinesische Küste und die Auswahl von sicheren Plätzen zu geben, von denen die Schiffe der englischen Flotte operieren könnten. Gladstone setzte sich mit aller Macht gegen den Krieg ein. Er sagte, die größten Prinzipien der Gerechtigkeit würden von diesem Fall berührt. Die Chinesen waren im Recht, uns von ihren Küsten zu vertreiben, nachdem wir ihrer Aufforderung den Opiumschmuggel zu beenden, nicht nachkamen. Ich kann sagen, daß kein ungerechterer Krieg geführt werden kann, der dieses Land in ewige Schande führen wird.“ Aber Gladstone wurde nicht beachtet. Die „alte Ratte“ und die Kräfte, deren Fürsprecher sie war, hatten ihre Aufgabe gut erfüllt. Was sie viele Jahre lang gefordert hatten — rohe Gewalt, um China zu zwingen, sich den englischen Wirtschafts- und Handelsinteressen unterzuordnen — wurde nun durchgeführt.

Eine Kolonie für jede Macht

1842 wurde der erste Opiumkrieg durch einen Vertrag beendet. Damit erhielt England das Recht auf Hongkong und 21 Millionen Dollar in bar; vier chinesische Häfen, die Schlüsselstellungen darstellten, wurden dem ausländischen Handel geöffnet. Ende des Jahrhunderts war China eine „Hypo-Kolonie“ geworden, wie Sun Yat Sen es bitter bezeichnete — eine Kolonie für jede Macht.

Ein Prozent beherrscht Hongkong

Ungefähr 99 Prozent der zwei Millionen Einwohner Hongkongs sind Chinesen. Aber die Insel wird von dem 1 Prozent Engländer beherrscht. Für diese Handvoll sind die wunderbaren Hotels da, die Rennbahnen, der Strand, die Klubs und die schönen, klimatisch günstigen Stellen der Insel. Diese Engländer ziehen die großen finanziellen Gewinne aus Handel, Schifffahrt und Bankwesen. Aber für die 99 Prozent der Bevölkerung gibt es keine Lushotels und keine Erholungsstätten an der See. Die Vorkriegsstatistiken zeigten, daß über 150.000 Menschen auf ihren Booten im Hafen leben. Diese kleinen Boote waren ihre Geburtsstätten, dort leben sie bis zu ihrem Tode. Für jene, die glücklich genug waren, auf dem Lande zu wohnen, waren die Verhältnisse jedoch so schlecht, daß eine Gesellschaft zum Schutze der in den Straßen schlafenden gegründet werden mußte, die eine Mitgliederzahl von jährlich 50.000 umfaßte. Jedes Jahr wurden durchschnittlich 1000 Leichen auf den Straßen aufgefunden. Die meisten waren dort gestorben. Manche wurden aber auch von ihren armen Verwandten dorthin gebracht, die nicht Mittel hatten, die Bestattungskosten zu zahlen. Als die Japaner 1941 Hongkong angriffen, wurden nur 50 Chinesen für die Verteidigung ihrer Insel herangezogen, denn in den Augen ihrer englischen Herrscher war das chinesische Volk — und nicht der angreifende japanische Faschismus — der Hauptfeind.

Die Furcht in ihren Herzen wächst

Die Geschichte Hongkongs war die Geschichte einer englischen Kolonie. Sie wurde aus Profitinteresse durch das Schwert er-



Blick auf den Hafen von Hongkong

obert und die Eingeborenen wurden erniedrigt und ausgebeutet, um einer kleinen egoistischen Gruppe reicher Engländer ein Leben des Reichtums und Vergnügens zu ermöglichen. Heute sitzen die Reichen auf den Dachgärten der Lushotels und trinken ihre Cocktails, und mit jedem Kilometer, den die Befreiungsarmee des chinesischen Volkes vor-

wärts kommt, wächst die Furcht in ihren Herzen.

Heute muß Englands Weg der sein, diesen Schandfleck seiner Kolonialpolitik auszulöschen, die historischen Rechte Chinas anzuerkennen und dadurch die dauernde Freundschaft und Zusammenarbeit des großen Volkes zu gewinnen.

15 Millionen Briten sollen auswandern

Ein amerikanischer Vorschlag zur Lösung der englischen Krise

In Washington beschäftigt man sich mit den britischen Wirtschaftsproblemen. Man macht sich darüber „Sorgen“ und meint, daß in Großbritannien 15 Millionen Menschen mehr leben als ernährt werden können.

„Dieser Ueberschuß von 15 Millionen wird zweifellos die Wirtschaftskrise zu einem Dauerzustand machen“, erklärt das Amt für Bevölkerungsbewegung in Washington in einem kürzlich veröffentlichten Bericht. Es schlägt daher vor, diese überzähligen Menschen aus Großbritannien aus- und in dünnbewohnte Länder umzusiedeln.

„Die Auswanderung von 15 Millionen Menschen“, schreibt der „Kurier“ hierzu, „stellt keine leichte Aufgabe dar. Auf der anderen Seite aber ist es wesentlich bequemer und weniger kostspielig, eine Person von 140 Pfund Gewicht ein einziges Mal zu befördern, als Jahr für Jahr für den Transport von 1400 Pfund Importgütern Sorge zu tragen, die für den Unterhalt dieser Person erforderlich sind.“

Das Beispiel Irlands

Der Washingtoner Bericht weist auf das Beispiel Irlands hin, dem es „gelingen“ ist, seine Bevölkerungszahl in weniger als einem Jahrhundert von 6,5 auf 3 Millionen zu senken. Es ist weltbekannt, welche unerhörte wirtschaftliche Not, welches Elend und welche Unterdrückung notwendig waren, damit diese

Bevölkerungsbewegung zustande kam. Die gleichen Methoden die seinerzeit gegen Irland angewandt wurden, werden nun von Leuten aus den USA gegenüber England vorgeschlagen. Es ist nicht zufällig, daß der Vorschlag, 15 Millionen Briten umzusiedeln, von Amerikanern gemacht wurde. Amerikanische Wirtschaftskreise beabsichtigen nämlich die „unentwickelten Gebiete“ zu erschließen. Offenbar denkt man an die Herabgabe amerikanischen Kapitals und ist auf der Suche nach Arbeitskräften. Ein Feldzug gegen das unwirtschaftliche System der englischen Vollbeschäftigung wird angeleitet.

Tieferer Sinn der Feststellung

Die Lebenskosten in England werden so hoch steigen, daß die arbeitslose Bevölkerung zur Auswanderung gezwungen wird. Der englische Arbeitslose soll in Uebersee, in englischen Kolonien nicht mehr für englisches, sondern für amerikanisches Kapital arbeiten. Sollte das vielleicht der tiefere Sinn der Feststellung sein, daß 15 Millionen Menschen zuviel in Großbritannien leben?

Großbritanniens größter Reichtum aber besteht in seiner erfahrenen technisch hoch entwickelten Arbeiterklasse. Die Aussiedlung von 15 Millionen Briten würde eine wirtschaftliche Schwächung Großbritanniens bedeuten, der gegenüber alle seine bisherigen Verluste geringfügig zu nennen sind.

Religionsfreiheit ist völlig gesichert

Zum gleichen Zeitpunkt mit der Ernennung Alexej Cepickas durch Staatspräsident Gottwald zum Leiter des Sonderministeriums für kirchliche Angelegenheiten gaben die tschechoslowakischen Bischöfe in einer Erklärung ihre Zustimmung zu der neuen Kirchengesetzgebung, die am 1. November in Kraft trat.

In der Erklärung der römisch-katholischen Bischöfe, die von Erzbischof Josef Matocho von Olmütz und zehn weiteren Bischöfen unterzeichnet wurde, wird die katholische Geistlichkeit aufgefordert, ihre Gehälter vom Staat anzunehmen und sich der neuen Kirchengesetzgebung zu unterordnen. Die Bischöfe fordern die Priester ferner auf, der

volksdemokratischen Regierung den Treueid zu leisten. Sie bieten in ihrer Erklärung ferner die Mitarbeit der Geistlichkeit in den Abteilungen für kirchliche Angelegenheiten bei den Nationalausschüssen an, denen die Verwaltungsangelegenheiten unterstehen.

Diese Zustimmung der tschechoslowakischen Bischöfe, die eine Aenderung ihrer bisherigen Stellungnahme bedeutet, wird in zuständigen Kreisen auf die Tatsache zurückgeführt, daß die übergroße Mehrzahl der katholischen Geistlichen in der Tschechoslowakei die volksdemokratische Regierung voll und ganz anerkennt und nicht mehr gewillt ist, sich im Namen der Religion zu politischen Machenschaften gegen die neue volksdemokratische Regierung mißbrauchen zu lassen.

Diese Tatsache hat ihre besondere Bedeutung schon deshalb, weil die westlich orientierte Presse bisher eifrig bemüht war, von einem angeleglichen Widerspruch zwischen den Religionsgemeinschaften und den volksdemokratischen Regierungen zu berichten. Sie beweist, daß in den volksdemokratischen Ländern nicht nur die christlichen Werktätigen sondern auch der Großteil der katholischen Geistlichkeit davon überzeugt sind, daß der Weg dieser Staaten der einzige ist, der die Religionsfreiheit garantiert, der die Religion vor einem Mißbrauch reaktionärer Politiker bewahrt und der die Durchführung der sozialen Zielsetzungen der Kirche gewährleistet.

Die Pfarrer, die bisher 30.000 Kronen jährlich bezogen, werden nunmehr 60.000 bis 90.000 Kronen Jahreseinkünfte haben. Jetzt werden nicht nur die Personal-, sondern auch die Sachausgaben der Kirche gedeckt. Daß der Staat großzügig ist, beweisen folgende Zahlen: Im Jahr 1924 erhielt die Kirchen vom Staat 71.830.367 Kronen, 1934 94.557.100 Kronen, im Jahre 1947 dagegen 152.422.000 Kronen und 1948 152.549.000 Kronen. Darüber hinaus fließen den Kirchen aus anderen staatlichen Mitteln Millionenbeträge zu. Im Budget des Jahres 1950 sind für Kirchenzwecke 393.912.000 Kronen vorgesehen. Außerdem wird der Staat alle Sachausgaben, die sich aus Gottesdiensten und aus der Kirchenverwaltung ergeben, ersetzen. Zusammen mit anderen Kirchenausgaben wird der Staat im Jahre 1950 1.542.497.000 Kronen für Kulturzwecke ausgeben.



Straßenleben in Hongkong

Akademische Freiheit in den USA bedroht / Von Francis Williams

Die britische Zeitung „Die Welt“ veröffentlichte kürzlich einen interessanten Artikel, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

„In 26 Staaten von Nordamerika, darunter auch in Washington, werden jetzt alle Lehrer verpflichtet, einen besonderen Treueid abzulegen, um die Behörden davon zu überzeugen, daß sie nicht Mitglieder der kommunistischen Partei sind und nicht mit den Kommunisten sympathisieren. Im Weigerungsfalle verlieren sie ihre Stellung.“

Die Auswirkung dieser antikommunistischen Welle, die immer noch anhält — obgleich sie in den Schlagzeilen der Zeitungen nicht mehr so viel Raum einnimmt wie zu Beginn des Sommers — besteht für manche Lehrer, die nicht daran denken, Kommunisten zu sein, die aber irgendwann einmal in ihrer Gemeinde radikale Ansichten geäußert haben, in der Gefahr, ihre Stellung zu verlieren. Führende amerikanische Erzieher erblicken darin eine Gefährdung der akademischen Freiheit Amerikas.

Inzwischen ist die Lage so ernst geworden, daß die Erziehungskommission, die vor vielen Jahren vom Nationalen Erzieherverband und den vereinigten Schulverwaltungen gegründet wurde und der neben anderen führenden Erziehern auch General Eisenhower, der Präsident der Columbia-Universität, Prof. Conant, der Rektor von Harvard, Dr. William Jansen,

Superintendent für das Schulwesen in New York, als Mitglieder angehören, kürzlich eine dreitägige Konferenz über die entstandene Situation abgehalten hat.

Als erstes Ergebnis dieser Konferenz wurde von der Kommission eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß Staatsgesetze auf Forderung besonderer Loyalitätsidee von Lehrern eine ernste Bedrohung für die Freiheit der Erziehung darstellen. Gleichzeitig appelliert die Kommission an die Öffentlichkeit, „leichtfertige Bezeichnungen wie „rot“ und „Kommunist“ Lehrern und anderen Personen gegenüber, deren Ansichten sich von denen der Ankläger kaum unterscheiden, zu verwenden.“

Diese Erklärung ist um so bedeutsamer, als gerade diese Kommission im Juni dieses Jahres wegen einer von ihr herausgegebenen Empfehlung, wonach Mitglieder der kommunistischen Partei nicht als Lehrer angestellt werden sollten, aufs schärfste angegriffen worden war. Viele Lehrer und Angestellte der Universität waren der Meinung, daß die Kommission damit indirekt die drohenden Angriffe auf die akademische Freiheit unterstützt habe.

Nach der Behauptung, daß die Nachricht der Atomexplosion in Rußland „die Hauptsorge des amerikanischen Volkes intensiviert habe“, wird in der Veröffentlichung mit erhöhtem Nachdruck darauf hingewiesen, die Schule müsse Bewegungsfreiheit haben, um die

„übertriebene Furcht, die in Zeiten erhöhter Spannung aufzutreten pflegt“, einzudämmen. „Gesetze, die Sonderidee von den Lehrern fordern“, heißt es weiter, „wie auch die Vorschritt detaillierter Stundenpläne oder die Einführung einheitlicher Loyalitäts-Tests schwächen die Wirksamkeit der lokalen Selbstverwaltung der Schulen und beeinträchtigen auf unerträgliche Weise die Freiheit.“

Wie berechtigt diese Besorgnisse sind, beweist das Studium verschiedener Gesetze. In Georgia müssen die Lehrer nicht nur schwören, daß sie weder der kommunistischen Partei angehören noch Sympathien für sie hegen, sondern auch, „daß sie keine Theorie irgendwelcher Regierungsformen „lehren“ oder über wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, die mit den grundlegenden Idealen des Amerikanismus nicht übereinstimmen, unterrichten werden.“

Die Zustände sind nicht etwa allein in den sogenannten rückständigen Staaten anzutreffen. Das strengste Gesetz in dieser Hinsicht, das von Gouverneur Dewey in diesem Jahr unterzeichnet wurde, besteht im Staate New York. Durch dieses Gesetz ist die Schulbehörde ermächtigt, eine Liste umstürzlerischer Organisationen anzulegen — wobei die Bezeichnung „umstürzlerisch“ dem eigenen Ermessen anheimgestellt wird — und die Entlassung jedes Lehrers zu fordern, der irgendeiner dieser Organisationen angehört.“

